

Out of area - ein Gewinn für die Polizei

Es ist für die deutsche Polizei mittlerweile Alltag, Grenzen zu überschreiten und auf fremden Staatsgebieten zu arbeiten. Hunderte von Polizeibeamtinnen und -beamten des Bundes und der Länder haben Erfahrungen in Auslandsmissionen sammeln können, ganz aktuell in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo. Die MS Helvetia war anlässlich der 13. GdP-Pressefahrt Ort für Information und Gedankenaustausch.

Seit mehr als zehn Jahren arbeiten deutsche Polizistinnen und Polizisten im Ausland: ob im Auftrag der UN, der OSZE oder WEU, ob in Namibia (August 1989 bis März 1990), Kambodscha (Mai 1992 bis Juli 1993), der West-Sahara (Juni 1993 bis Juni 1996), auf der Donau (Juni 1993 bis Juni 1996), in Bosnien-Herzegowina (seit 1996), in Albanien (seit 1997), in Kroatien und Ost-Slawonien (seit 1998) oder im Kosovo (seit November 1997).

Aus der Perspektive dieser Weltgegenden würden viele Probleme, die für eine verbesserte polizeiliche Zusammenarbeit in Europa gelöst werden müssen, eher kleinmaßig anmuten, sagte der stellvertretende Bundesvorsitzende der GdP, Konrad Freiberg. Ob ein deutscher Polizeibeamter französischen Boden betreten dürfe oder ein französischer Polizeibeamter deutschen Boden - auf dem gemeinsamen Streifengang durch das nächtliche Pristina dieser Tage wäre die Fragestellung eher ein Nährboden für Flachereien, wenn es denn die Einsatzlage erlauben würde.

Im Kosovo und in Bosnien-Herzegowina hat sich die GdP selbst davon überzeugen können, dass die deutschen Polizeibeamtinnen und -beamten eine wichtige und schwierige Mission zu erfüllen haben, dass sie einen unverzichtbaren Beitrag zur Befriedung der Region leisten und dass sie dies in einer Art und Weise tun, die dem deutschen Ansehen in der Region und in der Welt zur Ehre gereicht. (Siehe auch dp special Nr. 9 "mission impossible?", DP 1/2000 und den Bericht über den Besuch in Bosnien-Herzegowina in dieser Ausgabe). Leider finde die Anerkennung, die den Kolleginnen und Kollegen im Ausland gezollt werde, in der Heimat nicht immer die Entsprechung, die sie verdient hätte, meinte Konrad Freiberg.

Dank an die GdP

Jochen Werries, im Innenministerium von Nordrhein-Westfalen für Personal und Personalentwicklung der Polizei zuständig, dankte der GdP dafür, dass sie sich "so intensiv um die Auslandseinsätze gekümmert und damit auch in der Polizei für den Einsatz im Ausland geworben" habe. Der Einsatz im Ausland könne nur auf freiwilliger Basis geschehen.

Die Polizei, aber auch Justiz und Verwaltung müssten dafür sorgen, dass in den Einsatzgebieten wieder rechtstaatliche Verhältnisse einkehren und zugleich Vertrauen in die staatlichen Institutionen entstehe. Nur so könne der Kreislauf der Gewalt durchbrochen und die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass die Flüchtlinge in ihre Heimat zurückkehren.

Werries sprach auch von dem Gewinn, der der Polizei als Institution wie auch den einzelnen Beamtinnen und Beamten persönlich aus den Auslandseinsätzen erwächst: "Die Polizei wird internationaler. Die Kolleginnen und Kollegen kommen aus der Enge des polizeilichen Alltags heraus, sie können relativieren und ihren Horizont erweitern. Sie können mit Menschen anderer Kulturen umgehen und mit ihnen zusammenarbeiten. Und auch die Sichtweise gegenüber Randgruppen verändert sich." Werries kündigte die Bildung eines Pools von missionserfahrenen Polizeibeamten

an, "die wir dann in die Welt schicken können, wo Krisenherde sind und wo wir im Rahmen internationaler Vereinbarungen gebraucht werden."

Deutscher Standard nicht anwendbar

Markus Preuß, Sachbearbeiter für Auslandsmissionen im Innenministerium Nordrhein-Westfalen, berichtete über Geschichte, Einsatzorte und Aufgaben Internationaler Polizei-Friedensmissionen unter deutscher Beteiligung. Danach ergeben sich für Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte in Auslandsmissionen je nach Ausrichtung der Mission drei Aufgabenschwerpunkte:

- a) Überwachung der lokalen, nicht militärischen Polizei (einschließlich der Beziehung zur Justiz) zum Schutz der Menschenrechte und der Grundfreiheiten (monitoring),
- b) Ausbildung und Beratung der lokalen, nicht militärischen Polizei (advising) und
- c) Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (möglicherweise auch Wahrnehmung von Aufgaben der lokalen Polizei). Je nach Situation und Ausrichtung der Mission können Aufgabenschwerpunkte der Typen a) und b) miteinander verknüpft sein. (Die einzelnen UN-Polizeimissionen mit deutscher Beteiligung auf dem Balkan sind in dp special Nr. 9, Ausgabe DP 1/2000, ausführlich dargestellt.)

Die von Deutschland eingesetzten Polizeibeamtinnen/-beamten fänden in den Einsatzgebieten stark differierende Lebensbedingungen vor. In keinem der Einsatzgebiete sei der deutsche Lebens- und Arbeitsstandard anwendbar, berichtete Preuß. Er gehe davon aus, dass sich Auslandsmissionen unter dem Aspekt der wachsenden Krisengebiete weiter ausweiten würden. Für die Entsendung in Auslandsmissionen würden stets qualifizierte Beamtinnen und Beamte gesucht.

Über Kriterien, nach denen sie ausgewählt werden, und über ihre Vorbereitung, Begleitung und über die Nacharbeit ihrer schwierigen Einsätze berichtete der Dezernatsleiter für Auslandsmissionen, Extrembelastung und Traumatisierung am Polizeifortbildungsinstitut Carl Severing in Münster, Erich Traphan. Er erzählte von den Anfängen der Balkan-Missionen, als er vom ehemaligen Innenminister von Nordrhein-Westfalen, Herbert Schnoor, einen Anruf erhielt: "Wir haben Polizisten in Mostar, die haben Probleme, tut mal was für die!"

Die Fachleute vom Polizeifortbildungsinstitut hätten sich dann unter anderem in den Niederlanden und in Skandinavien, die seit Jahrzehnten UN-Erfahrung hätten, schlau gemacht. Traphan: "Wir haben mittrainiert, viel gelernt, abgeschrieben und weiterentwickelt. Damals hat die Vorbereitungszeit zwei Tage gedauert. In Deutschland hieß es, nimmt ein Buch, lies es und mach was draus. Nach unseren internationalen Erfahrungen haben wir dann gesagt, das geht nicht, wir müssen die Polizisten länger und intensiver vorbereiten. Schließlich tragen wir Verantwortung dafür, dass die Polizeibeamten, die wir gesund ins Ausland schicken, auch gesund wiederkommen."

Stressstabil und kommunikativ

Man müsse die Beamtinnen und Beamten mental einstellen auf das, was sie in Einsatzgebieten wie Bosnien-Herzegowina und dem Kosovo erwartet: dass sie beispielsweise nicht einschreiten, wenn sie gestohlene Autos sehen oder wenn Familien aus ihren Häusern vertrieben werden; dass es "normal" ist, wenn man auf bislang nicht gekannte organisatorische Mängel stößt; dass die Gefahrenlage völlig anders ist, als man es von zu Hause gewohnt ist; dass man in eine soziale und kulturelle Isolation gerät; dass man lernt, mit Menschen umzugehen, die von den Kriegserlebnissen traumatisiert sind - abgesehen von eigenen traumatisierenden Erfahrungen in dem fremden Land.

Die Kolleginnen und Kollegen, die für die Auslands-missionen ausgewählt würden, müssten sehr stressstabil und kommunikativ sein. Erich Traphan: "Es können keine introvertierten Typen sein, sondern sie müssen auf die Leute zugehen können, sie müssen offen sein für alles. Gar nicht so selbstverständlich, wir merken ja, wie es manchmal schon in Deutschland schwierig ist, und dann noch dort unten, im fremden, kriegsgeplagten Land."

In Situationen, bei denen es um Menschenrechtsfragen gehe, müssten die Beamten die kulturellen, ethnologischen, auch die geografischen Gegebenheiten genauso kennen wie die Aufgaben der unterschiedlichen internationalen Organisationen.

Großen Wert werde auch auf Nachbetreuung, die "Reintegration", gelegt. Jeder könne "auf seine Art und Weise und auch mit seinem selbstentschiedenen Tiefgang" an so genannten Reintegrationsseminaren auf Schloss Schellenberg teilnehmen: "Die Kollegen entscheiden selber, was sie brauchen und was sie nicht brauchen, wie tief sie hineingehen wollen oder wo sie sich zurückhalten wollen. Viele kommen auch erst nach fünf oder sechs Monaten, weil die Symptome von Traumatisierung sehr oft erst nach einiger Zeit zu Tage treten."

Die Führungskräfteausbildung, vor allem für Spitzenkräfte, könne noch optimiert werden, sagte Traphan. Das Nachführen der zivilen, unbewaffneten Polizei und auch das Nachführen der inneren Verwaltungsstruktur nach einer kriegerischen Intervention des Militärs müsse auf internationaler Ebene trainiert werden, "so dass man sich nicht erst an den Einsatzorten kennen lernt, sondern sich dort unten schon als bekannte Gemeinschaft wieder sieht."

Für dringend geboten hielte es GdP-Bundesvorsitzender Norbert Spinrath, neben der humanitären Verantwortung zur Hilfeleistung, Verhinderung von Mord, Vertreibung und Menschenrechtsverletzungen in den Krisengebieten ein sicheres Umfeld für eine Rückkehr zu schaffen: "Kein Land hat eine Zukunftschance, aus dem die Menschen fliehen und nicht zurückkehren wollen, auch wenn die Kriegswaffen schweigen."

Auch im fünften Jahr der Umsetzung des Friedensübereinkommens für Bosnien und Herzegowina sei der Aufbau funktionierender staatlicher und administrativer Strukturen nicht abgeschlossen, im Kosovo stehe diese Aufgabe erst an ihrem Anfang. Die Gewährleistung der Menschenrechte, die Reform der Polizei und der Rechtsstaatlichkeit sowie der Kampf gegen Korruption und organisierte Kriminalität bedürfen noch über Jahre hinaus der internationalen Unterstützung.

Ständige Stäbe gefordert

Sobald in Krisengebieten der Friede hergestellt ist, seien Polizeikräfte und nicht das Militär für Aufbau und Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit zuständig; die Erfahrungen im Kosovo hätten bewiesen, dass Soldaten nicht noch zusätzlich polizeiliche Aufgaben übernehmen könnten.

Spinrath forderte "das Vorhalten ständiger Stäbe sowohl für ein internationales Polizei-Kontingent als auch für den militärischen Bereich." Für die Besetzung dieser ständigen Stäbe könne auf Kräfte mit entsprechender Einsatzerfahrung zurückgegriffen werden. Dabei sei eine einheitliche Führung beider Stäbe sicherzustellen.

Auslandseinsätze würden für die Polizeien des Bundes und der Länder zur Selbstverständlichkeit, sagte der GdP-Vorsitzende. Alle Bundesländer müssten sich der Herausforderung stellen, trotz eigener knapper Personalressourcen ausreichend und qualifiziertes Personal für Auslandsmissionen zur Verfügung zu stellen. Länder und Bund sollten vorausschauend Freiwillige auf

Auslandsverwendungseinsätze vorbereiten. Er forderte die Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass künftig zumindest die europäischen Staaten Vorbereitungskonzepte und Maßnahmen zur Koordination von Auslandseinsätzen gemeinsam erarbeiten. Wünschenswert wäre es, wenn alle beteiligten Nationen ein gemeinsames Niveau an Auswahl der Kräfte, Einsatzvorbereitung und Ausstattung der Kräfte fänden.

Spinrath sagte, er sei überrascht über "das Ausmaß der Begeisterung für die Aufgabe und das Engagement bis hin zur persönlichen Entsagung." Diese besondere Motivation speise sich "nach unserem Eindruck nicht aus den finanziellen Entschädigungen für den Auslandseinsatz." Dennoch sei es unverständlich, dass die eingesetzten Kolleginnen und Kollegen Kürzungen bei der Auslandsverwendungszulage (AVZ) hinnehmen mussten. Auslandsaufenthalte müssten, wie in der freien Wirtschaft üblich, auch Pluspunkte für die berufliche Perspektive bringen, forderte der GdP-Vorsitzende.

(aus [DEUTSCHE POLIZEI 6/2000](#))